

Bürgerinitiative gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.

Presseerklärung vom 6. Januar 2017

Endlich Konsequenzen aus Hochwasser ziehen

Das jüngste Sturmhochwasser an der Ostseeküste zeigte erneut: Hochwasser und seine Folgen sind nicht berechenbar.

Die für den Hochwasserschutz an der Küste verantwortliche Landesregierung steht an einem Scheideweg: Soll der Schutz für bewohnte Gebiete auch künftig eintretende Schäden berücksichtigen oder wird in zu kurzen Zeiträumen gemessen?

Noch ist es umstritten, ob der aktuelle, gesetzlich verankerte Küstenschutz für bewohnte Gebiete in dem besonders betroffenen Seebad Zempin ausreichend ist, doch was ist, wenn die Entwicklung einige Jahre und Jahrzehnte so weiter geht und der bis 2100 prognostizierte Meeresspiegelanstieg um einen Meter eintritt? Wird dann Zempin aufgegeben?

Ähnliche Problematik im Inselnorden

Die aktuellen Pläne für den Hochwasserschutz im Inselnorden enthalten die mit der Schaffung von Ausgleichsflächen begründete künftige Möglichkeit eines Deichrückbaus am Peenestrom zwischen Karlshagen und Peenemünde.

Die Bürgerinitiative kommt zu einem eindeutigen Ergebnis:

Diese Pläne sind grob fahrlässig. Sie bedeuten eine Schwächung des Hochwasserschutzes und damit eine unberechenbare Gefahr für den Inselnorden.

Der ursprünglich zwischen Peenemünde und der Ostsee geplante Riegeldeich soll nach Süden „verschoben“ werden und zwischen Hafen und Bahnlinie in Karlshagen verlaufen. Konsequenz eines großen Sturmhochwassers wäre, dass das Wasser von diesem Deich aus danach nicht von allein zurücklaufen könnte, der Peenestromdeich müsste dann geöffnet werden. Wenn dieser jedoch nicht mehr existiert, wäre künftig außerdem angesichts des prognostizierten Meeresspiegelanstiegs der gesamte Inselnorden dauerhafter Überflutung ausgesetzt. Peenemünde wäre im Extremfall eine eingedeichte Insel. Noch kann eine solche Perspektive verhindert werden. Welcher verantwortungsvolle Politiker will sie billigend in Kauf nehmen?

Die einzig akzeptable Lösung ist der Bau des Deiches zwischen Peenemünde und der Ostsee, so wie seit Jahren geplant.

Nur der Deichbau an dieser Stelle und die Existenz des Peenestromdeiches, die höhenmäßig ständig angepasst werden können,

- schützen Nordusedom zuverlässig und nachhaltig gegen Hochwasser,
- sind mit dem Denkmalschutzgesetz und der internationalen Bedeutung Peenemündes vereinbar,
- erhalten das Trinkwasserschutzgebiet und
- vermeiden höhere Gefahren durch Altlasten

Außerdem wären die Gesamtkosten nur etwa halb so hoch wie bei den aktuellen Plänen, auch der Flächenverbrauch deutlich geringer.

Damit wäre nicht zwangsläufig eine weitere Verzögerung des Hochwasserschutzes im Norden Usedom verbunden, denn bereits vorliegende Planungen für einen Deich zwischen Peenemünde und der Ostsee können genutzt werden.

Jüngste Äußerungen aus dem zuständigen Umweltministerium sind ein alarmierendes Zeichen dafür, dass aus den Landtagswahlergebnissen und der viel diskutierten fehlenden Bürgernähe keinerlei Schlussfolgerungen gezogen wurden.

So heißt es in einem Brief vom 20. September 2016 an die Bürgerinitiative: „Auch aus heutiger Sicht erscheint ein Flächenpool im Gebiet des Cämmerer Sees ... gut geeignet, großflächige Kompensation mit weitreichender Ausgleichsfunktion für Eingriffsvorhaben in der Region zu gewährleisten.“

Der jahrelange geschlossene Widerstand der Bevölkerung und der gewählten Volksvertretungen wird somit völlig ignoriert.

An eigenen Worten messen

In der Koalitionsvereinbarung der Landesregierung vom Oktober 2016 heißt es: SPD und CDU schließen den Vertrag im Bewusstsein dessen, „dass alles dafür getan werden muss, den Menschen Sorgen zu nehmen und zugleich das Vertrauen in politische Entscheidungen wiederherzustellen.“ Viele Menschen erwarten eine stärkere Beteiligung der Bürger. Beiden Anliegen wolle die Koalition „nun Rechnung tragen.“ Erst vor wenigen Tagen hat Ministerpräsident Erwin Sellering seine Absicht bekundet, dem Wählerwillen wieder mehr Beachtung schenken zu wollen.

Die Gelegenheit, den Absichtserklärungen Taten folgen zu lassen, bietet sich mit dem Eingehen auf unsere Forderung:

Die Bürgerinitiative lehnt die aktuellen Deichbaupläne ab, fordert den seit langem geplanten Deichbau zwischen Peenemünde und der Ostsee und einen endgültigen Verzicht auf einen Deichrückbau zwischen Peenemünde und Karlshagen.

Die Bürgerinitiative hat in einer aktuellen Broschüre alle Argumente und Analysen zusammengefasst und stellt diese auf Anfrage gerne zur Verfügung. Sie ist auch auf der Internetseite der BI zu finden.

Dr. Rainer Höll
Vorsitzender der BI
Bürgerinitiative „Gegen Deichrückbau im Inselnorden“ e.V.
c/o Dr. Rainer Höll
17449 Karlshagen, Dünenstraße 14
Tel.: 038371 / 55443
www.kein-deichrueckbau-usedom.de info@nordlichtverlag.de